DER STANDARD 5./6. MAI 2001

BERND MARIN

Panik durch Statistik?

Kürzlich bei der Statistischen Zentralkommission der vom Statistischen Zentralamt zur Statistik Austria (STATA) mutierten Institution: Ein bekannter Journalist wiederholt bekannte Zitate von Disraeli über Steigerungsstufen der Lüge („gewöhnliche Lüge, Kompliment, Statistik") bis Churchill, dass Statistik „alles beweisen lässt, auch das Gegenteil davon", und man daher „Statistiken nur trauen soll, wenn man sie selbst gefälscht" habe.

Kollege Streissler und ich mühten uns zu beweisen, dass Fälschungen zwar vorkämen, aber Verbrechen gegen die Wissenschaft blieben und aufgedeckt würden. Widersprüche bei Fakten und Befunden seien durch kritische Prüfung stets aufzulösen, Wahrheit nicht fabrizierbar. Doch das war für anwesende Politik und Medien unbegreiflich: Man missverstand wie gehabt, dass „sich mit Statistik jedes Argument untermauern lässt". Wir dagegen hatten umgekehrt gezeigt, dass dies zwar ständig zynisch versucht wird, aber meist misslingt – Wissenschaft deckt politisch-mediale Lügen mit Statistik auf statt zu.

Die privatisierte Statistik Austria solle „als Dienstleister" nicht nur der Verwaltung, sondern auch „direkt der Politik" dienen, so die Politik. Keine Woche später veröffentlichten anlässlich des deutschen Höchstgerichtsspruchs BWK, APA, ORF unter Bezug auf STATA reißerische Schlagzeilen wie *„Immer mehr Familien ohne Kinder", „Derzeit 33,5 Prozent Familien ohne Nachwuchs . . . Anstieg auf 41,3 Prozent erwartet"* usw.

Ohne Nachwuchs?

Fast jede einzelne Aussage falsch – oder schlimmer – irreführend halbwahr. Keine Rede davon, dass derzeit 33,5 Prozent, bis 2030 gar 41,3 Prozent der „Familien ohne Nachwuchs" bleiben – die Werte sind auf rund 200 Prozent überschätzt. Kaum 15 Prozent der Frauen bleiben lebenslang kinderlos. Künftig könnten es zwar 20 Prozent bis 25 Prozent werden; doch zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es 33 Prozent. Für die doppelten – und nur so alarmierenden – Werte wurden unter 400.000 neuen Paaren teils für Kinder „zu Junge", teils viele Hunderttausende alte Eltern, deren Kinder außer Haus leben, als „ohne Nachwuchs" gezählt.

Frühe Zweisamkeit und Großelternhaushalte ohne Kinder haben nichts mit bedrohlich hoher lebenslanger Kinderlosigkeit der Bevölkerung zu tun; Geburtenrückgang weniger mit ansteigender Kinderlosigkeit als mit zuletzt sinkender Geburtenzahl der Mütter. Tatsächlich ist nicht nur der Anteil kinderloser Frauen gegenüber dem Jahrgang 1900 auf die Hälfte gesunken, selbst die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau lag für die Jahrgänge 1947 bis 1956 mit 1,9 über dem Wert der Jahrgänge 1900 bis 1905 (1,8). Die Fertilität sank am stärksten 1963 bis 1978 durch weniger Kinder der Mütter der Jahrgänge 1937 bis 1947, kaum noch im Jahrzehnt danach. Die Baby-Boom-Generation ist noch unentschieden.

Jedenfalls seit Jahrzehnten nichts Neues, keinerlei Katastrophe, kein „demographischer Selbstmord" oder überhaupt irgendein Problem, wie unkundige Ideologen gerne fürchten, so lange die Einwanderung in Österreich nicht unter die Jahrzehnte gewohnten 0,3 Prozent im Jahr absinkt.

Karlsruher Urteil

Falscher Katastrophenalarm liegt auch dem Höchsturteil zur Pflegeversicherung zugrunde, das die gesamte Sozialversicherung ins Wanken bringen soll. Die Verfassungsrichter begründen die geforderten höheren Beitragssätze für Kinderlose ausdrücklich mit dem inzwischen vermeintlichen Fehlen einer deutlichen Mehrheit der Versicherten, die Kinder bekomme und betreue. Auf Basis welcher Statistik? Urteilsbegründungen wie „Wollte man auch nur die heutige Altersstruktur durch eine Erhöhung der Geburtenrate oder der Einwanderung stabilisieren, so müsste rein rechnerisch entweder die Geburtenrate pro Frau im gebärfähigen Alter umgehend auf 3,8 steigen, oder es müssten 188 Millionen jüngere Personen bis zum Jahr 2050 einwandern" lassen Schlimmstes befürchten – aber nur über fehlende Fachberatung der Höchstrichter. Man wird von ihnen zwar keine Grundkenntnisse in Demographie, Statistik und Versicherungsmathematik, wohl aber sorgsame Inanspruchnahme bestmöglichen fachlichen Rats statt grotesker Unsinnszenarien erwarten dürfen.

„Aufklärend tätig"?

Auch die „privatisierte" Statistik Austria sollte laut Gesetz „aufklärend tätig sein", wenn falscher Gebrauch von Statistik gemacht wird. Davon war bisher nichts zu merken. Wer aber außer der unabhängigen Wissenschaft wird „aufklärend tätig", wenn Medien marktschreierisch Fehlalarm schlagen, STATA-Daten unwidersprochen falsch deuten und grob irreführende Informationen als quasiamtliche Nachrichten verkünden? Und lassen sich Höchstrichter als schlichte Wissenskonsumenten womöglich von solchen Gruselgeschichten zu „praxisfernen" Entscheidungen und „rückwärtsgewandten" (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung), jedenfalls wissenschaftlich-statistisch unhaltbaren Urteilsbegründungen verleiten?

Österreichs Problem im internationalen Vergleich ist ***nicht die geringe Kinderlosigkeit, sondern die hohe Erwerbslosigkeit*** (und der Zuwanderungsstopp). STATA macht 2001 eine Sonderauswertung zur Kinderlosigkeit: einer Randfrage, 75 Jahre zu spät, irreführende Antworten vorweg. „Privat statt Staat", um Steuergeld.

Bernd Marin ist Sozialforscher in Wien